

Fünf Fragen und Antworten zur „Alternative für Deutschland“ (AfD)

Das

geht nur mit uns

Was ist die AfD?

Die AfD ist eine neu gegründete Protestpartei. Sie richtet sich gegen den Euro (Slogan: „Schluss mit diesem Euro!“) und möchte im Zweifel wieder die D-Mark einführen. Sie liegt in den Umfragen derzeit – je nach Institut – zwischen 2 und 3 %. Der „Reiz des Neuen“ führte in den vergangenen Wochen zu einer relativ hohen Medienpräsenz. Inzwischen wird die AfD allerdings zunehmend wegen interner Streitigkeiten wahrgenommen. Mehrere erst vor kurzem gewählte Landesvorstände sind bereits in Teilen wieder zurückgetreten.

Welche wirtschaftlichen Folgen hätte die Wiedereinführung der D-Mark?

Der Ausstieg aus dem Euro würde Deutschland wirtschaftlich schwer schaden:

- Die übrigen Staaten des Euro-Systems müssten sofort die sog. Target 2-Salden in Höhe von über 300 Mrd. Euro begleichen. Dazu würde in der „Rest-Euro“-Zone (also die Euro-Zone ohne Deutschland) die Notenpresse angeworfen. Denn ohne Deutschland hätte kaum ein anderer Staat der Euro-Zone den notwendigen Einfluss, um die Stabilitätsunion effektiv zu verteidigen. Zudem wäre die sofortige Begleichung einer so hohen Forderung gar nicht anders möglich. Die ausstehenden Euro-Forderungen Deutschlands wären damit im Verhältnis zur „neuen D-Mark“ weniger wert. Dies würde zu einem sofortigen Verlust der Deutschen Bundesbank führen, den Ökonomen im dreistelligen Milliardenbereich ansiedeln. Dagegen fallen die bisherigen Belastungen Deutschlands aus der Euro-Stabilisierung gering aus.
- Die bestehenden Forderungen deutscher Gläubiger gegen ausländische Schuldner in „Rest-Euro“ (die z.B. ein deutscher Sparer gegen eine französische Bank oder die eine deutsche Lebensversicherung gegen einen europäischen Staat der „Rest-Euro-Zone“ hat), würden sich ebenso schnell entwerten. Deutsche Sparer verlieren also faktisch Geld.

- Die „neue D-Mark“ würde im Verhältnis zu anderen Währungen – insbesondere zum „Rest-Euro“ - massiv aufgewertet. Das verteuert deutsche Produkte im Ausland. Dies würde dem für Deutschland lebensnotwendigen Export von Gütern und Dienstleistungen schaden. Arbeitsplätze, Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen des Staates gerieten in Gefahr.
- Deutschland könnte versuchen, einem exportschädlichen Wechselkurs aktiv mit Währungspolitik entgegenzuwirken. Das hat Deutschland im „Bretton-Woods-System“ schon einmal getan. Dafür wurden bis 1973 etwa 70 Mrd. DM aufgewandt, also nach heutigen Maßstäben ca. 360 Mrd. Euro. Der Aufwand wäre also selbst im Verhältnis zum Volumen der Garantieübernahmen zur Euro-Stabilisierung beträchtlich.

Was wären die politischen Folgen, wenn Deutschland aus dem Euro austritt?

Ein Austritt Deutschlands aus dem Euro würde uns auch politisch schwer schaden:

- Die Staaten der „Rest-Euro-Zone“ würden ihre Interessen im Zweifel auch gegen Deutschland in der Europäischen Union koordinieren.
- Die historische Stabilitätsachse Deutschland/Frankreich würde aufgelöst.
- Ein in der EU isoliertes Deutschland würde auch weltweit an Einfluss verlieren, weil ihm keine Führungsrolle mehr in Europa zukäme.

Wofür steht die AfD ansonsten?

Die AfD definiert sich hauptsächlich negativ über die Ablehnung des Euro. Positive Aussagen zu anderen Themen sind sehr allgemein gehalten und unklar. In der Öffentlichkeit wird diskutiert, ob die AfD rechtspopulistisch ausgelegt sei. Ob dieser Vorwurf wirklich gerechtfertigt ist, lässt sich nur schwer beweisen. Genannt werden aber folgende Hinweise:

- Neue Protestparteien ziehen häufig Rechtsradikale an. Vor allem die „D-Mark-Partei“ (Bund freier Bürger), die das ehemalige FDP-Mitglied Manfred Brunner 1994 gegründet hatte, um die Einführung des Euro zu verhindern, driftete schnell soweit politisch nach rechts, dass sie schließlich vom Verfassungsschutz überwacht wurde.
- Ehemalige Mitglieder der rechten Partei „Die Freiheit“ nehmen mittlerweile Führungspositionen in der AfD ein: Andreas Kuessner ist Landesvorsitzender der AfD in Mecklenburg-Vorpommern. Rainer van Raemdonck und Thomas Jung sind Mitglieder des AfD-Landesvorstandes in Brandenburg. Äußerungen des stellvertretenden Landesvorsitzenden der AfD in Bayern, Michael Sichert, nennt sogar AfD-Vorstandssprecher Bernd Lucke „ausländerfeindlich“.

- Rechtsradikale werben mittlerweile offen für die AfD: Frank Franz, Pressesprecher der rechtsextremistischen NPD, teilt mit, die AfD mache Positionen "massenmedial salonfähig, die die NPD als authentische Anti-Euro-Partei schon immer vertreten hat". Jüngst hat die rechtsradikale Aktivistin Karin Zimmermann gezielt zum Eintritt in die AfD aufgerufen. Zimmermann rechtfertigt nach Angaben von BILD u.a. den Angriff Deutschlands auf Polen im Zweiten Weltkrieg. Der rechtsextreme Paul Latussek, u.a. wegen Volksverhetzung verurteilt, weil er die Ermordung der Juden im Zweiten Weltkrieg verharmloste, gehört zu den Gründungsmitgliedern der AfD in Ilmenau.

Was passiert, wenn die AfD in den Deutschen Bundestag einzieht?

Sollte der AfD der Einzug in den Deutschen Bundestag gelingen, so ist es unwahrscheinlich, dass CDU/CSU und FDP gemeinsam eine parlamentarische Mehrheit stellen. Die AfD selber ist wegen ihrer extremen Haltung nicht koalitionsfähig. Es droht daher eine rot-rot-grüne oder eine große Koalition. In beiden Koalitionen werden Eurobonds wahrscheinlicher. Wer AfD wählt, macht im Ergebnis also Eurobonds wahrscheinlicher.